

Bericht der A-L zur GR-Sitzung vom 17.12.2025

Zweck:

Wie bereits von uns angekündigt, möchten wir Euch in Zukunft offen und klar über **unsere Arbeit im Gemeinderat** informieren, damit die **Bevölkerung weiß**, für was **wir stehen**, wo wir **zugestimmt haben** bzw. wo wir **dagegen waren** und **warum**.

Die einzelnen Inhalte zu den jeweiligen GR-Sitzungen können im Detail auf der Homepage der Marktgemeinde Liebenfels (<https://www.liebenfels.at/buergerservice/sitzungsprotokolle-des-gemeinderates/>) nachgelesen werden.

Am 17.12.2025 mit Beginn um 17.00 Uhr fand eine Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Liebenfels im BKZ Liebenfels statt.

Die Tagesordnungspunkte (TOP) waren folgende: *(zu den markierten TOP erfolgten Wortmeldungen der A-L)*

- 1.) Eröffnung und Begrüßung
- 2.) Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3.) Behandlung der Niederschrift vom 29.10.2025
- 4.) Bestellung von zwei Mitgliedern des Gemeinderates zur Unterfertigung der Niederschrift
- 5.) **Bericht Bürgermeister**
- 6.) **Bericht Kontrollausschuss**
- 7.) **Stellenplan 2026**
- 8.) **VA 2026**
- 9.) **Mittelfristiger Finanzplan 2026 – 2025**
- 10.) **Kassenkredit 2026**
- 11.) **Nachtrag zum Pachtvertrag Spielplatz Zweikirchen**
- 12.) **Ansuchen Bebauungsverpflichtungen (12a – 12e)**
- 13.) **Ankauf/Austausch Schulbus**
- 14.) **Vergabe Reinigung BKZ**
- 15.) **Optionsvertrag Parz. 11/4 KG Liebenfels**

Anm. der A-L:

Zu den oa. **blau markierten TOP** erfolgte zum eigentlichen Inhalt des TOP keine Wortmeldung der A-L, jedoch wurde diesen TOP aufgrund eines (möglichen) **Verstoßes** gegen die **gesetzlichen Bestimmungen** des **§ 35, Abs. (5b), K-AGO nicht zugestimmt** (Details dazu siehe nächste Seite)!

GR-Sitzung

Verhalten der A-L (vertreten durch GR Wipperfurth) zu den einzelnen Punkten:

Wenn nicht anders angeführt, wurde durch die A-L den oben angeführten TOP ohne eine Wortmeldung dazu, zugestimmt.

Erläuterung der A-L, warum bei den TOP 7) – 15) nicht zugestimmt wurde:

Gesetzliche Bestimmungen:

Im § 35, Abs. (5b) der A-KGO ist für die Aufnahme von Punkten in die Tagesordnung einer GR-Sitzung festgelegt, dass „Soweit vor der Behandlung eines Verhandlungsgegenstandes im Gemeinderat **ein Ausschuß** oder der **Gemeindevorstand** zu befassen ist, **darf dieser Verhandlungsgegenstand erst nach der Vorberatung** (§§ 41, 62 Abs. 2, 76 Abs. 1) oder der **Befassung des Gemeindevorstandes** nach § 76 Abs. 3 **in die Tagesordnung aufgenommen** (Abs. 1, 2 und 5) **und behandelt werden**.“ (Abs. 4 gilt sinngemäß).

Gem. § 35, Abs. (4), welcher sinngemäß gilt, ist angeführt, dass unter „**Nichtbeachtung der Bestimmungen** des Abs. 3 **gefaßte Beschlüsse** des Gemeinderates haben **keine rechtliche Wirkung**; **Bescheide**, denen solche Beschlüsse zugrundeliegen, sind **mit Nichtigkeit bedroht**.“

Bisher hat der **Gemeinderat** der **Marktgemeinde Liebenfels** bereits insgesamt bei **acht GR-Sitzung** gegen den §35, Abs. (5b), K-AGO **verstoßen**, in welchen einzelne TOP behandelt wurden, welche eigentlich **gar nicht auf der Tagesordnung aufscheinen hätten dürfen!**

Bisherige Klärungsversuche der A-L:

Diese Sachlage wurde von der A-L bereits zweimal ([Schreiben der A-L vom 15.09.2024](#) und [Schreiben der A-L vom 07.10.2025](#)) an das Land Kärnten herangetragen.

Durch die Abt3/Ktn. LReg. wurde der A-L zwei ähnlich lautende Antworten ([Schreiben der Abt3/Ktn. LReg. vom 01.10.2024](#) und [Schreiben der Abt3/Ktn. LReg. vom 24.10.2025](#)) dahingehend rückübermittelt, in welcher der A-L „attestiert“ wurde, dass sie die Sachlage „verkennt“, weil aus Sicht der Abt3/Ktn. LReg. „*ist es von Relevanz, dass der Verhandlungsgegenstand vor der Behandlung in der gegenständlichen Sitzung des Gemeinderates vom 23.09.2025 vorberaten wurde. Demnach ist eine Nichtigkeit nur dann gegeben, wenn ein Verhandlungsgegenstand vor der Behandlung im Gemeinderat nicht durch den Gemeindevorstand oder einen Ausschuss vorberaten wurde*“ ausreicht.

Durch den Herrn Bgm. Köchl wurde bei der GR-Sitzung am 29.10.2025 auch das [zweite Schreiben der Abt3/Ktn. LReg.](#) dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht und in Richtung der A-L gegenüber vom **Bgm. Köchl** angemerkt wurde, dass nun **bereits zwei rechtlich verbindliche Schreiben** der Abt. 3/Ktn. LReg. vorliegen, dass **alles korrekt sei** und er für **2026 und 2027 keine diesbezüglichen Schreiben mehr haben will**.

GR-Sitzung am 17.12.2025:

Bei der Einberufung zur GR-Sitzung am 17.12.2025 erfolgte jedoch **wiederum** der **gleiche Verstoß** gegen § 35, Abs. (5b), K-AGO, weil die **Einberufung** und somit die **Festlegung der Tagesordnung**, an die Gemeinderäte bereits am **10.12.2025 (vormittags) ergangen** ist, **bevor** die TOP 7) – 14) im **Ausschuss für Finanzen, Raumplanung und Infrastruktur** am 10.12.2025 (abends), sowie in der **GV-Sitzung** (inkl. dem TOP 15)) am 17.12.2025 bereits **vorberaten bzw. behandelt gewesen** sind.

Die **rechtlichen Bedenken der A-L** zur Behandlung dieser TOP wurden der Marktgemeinde Liebenfels, sowie nachrichtlich den jeweiligen Fraktionsvorsitzenden der SPÖ, ÖVP, FGL, FPÖ und der Abt3/Ktn. LReg. schriftlich am 14.12.2025 mitgeteilt.

Durch Bgm. Köchl wurde in der GR-Sitzung ua. wieder angemerkt, dass es zwei Schreiben der Abt3/Ktn. LReg. gibt, die bestätigen, dass alles korrekt sei und daher kein Gemeinderat Angst haben muss, dass er was Falsches tut.

Durch GR Wipperfurth wurde dahingehend nur angemerkt, dass wenn zwei Seiten unterschiedliche Ansichten zu einer Angelegenheit haben, muss halt eine dritte Seite eine Klärung dazu herbeiführen.

Da aufgrund der bisherigen Vorgehensweise, sowie der Rechtsauslegung der Abt3/Ktn. LReg. auch in Zukunft mit der gleichen Vorgehensweise zu rechnen sein wird, wird sich die **A-L** hier **um eine entsprechende weitere Klärung bemühen**.

Bis zu dieser Klärung in dieser Sachlage, wird die **A-L** daher auch **in Zukunft** im **Sinne des § 35, Abs. (5b), K-AGO agieren** und somit **keinen TOP zustimmen**, der gegen diese **gesetzlichen Bestimmungen verstößt**!

Beispiele für mögliche Auswirkungen:

Da in der K-AGO wie oben angeführt, in diesem Fall dazu kommen würde, dass die **Beschlüsse des Gemeinderates nicht rechtswirksam** sind und **Bescheide**, die aus solchen Beschlüssen heraus entstehen, **mit Nichtigkeit bedroht** sind, möchten wir daher **zwei Beispiele** „in den Raum stellen“, **falls die Ansicht der A-L in der Sache die „Richtige wäre“**:

Beispiel 1:

Im TOP 14) wurde die Vergabe der Reinigung des BKZ Liebenfels aus mehreren Anbietern an die „Firma A“ vergeben und die „Kostenangebote“ öffentlich für jeden Anwesenden dargestellt.

„Firma B“, die mit ihrem Angebot „knapp unterlegen“ und mit der Entscheidung nicht einverstanden ist, beruft nun mit der Begründung, dass der Beschluss des Gemeinderates aufgrund des Verstoßes gegen die K-AGO ja gar nicht gültig ist und somit eigentlich ja kein Beschluss des Gemeinderates und somit eine Vergabeentscheidung vorliegt.

Somit müsste der Gemeinderat die Vergabe wohl neu behandeln und beschließen.

Hiezu wären vermutlich noch einige weitere Fragen zu klären, wie z.B.:

- Muss komplett neu ausgeschrieben und somit auch neue Angebote eingeholt werden?
- Wie ist in der Zwischenzeit die Reinigung des Objektes sicherzustellen (mit der Firma A, anderes Unternehmen ...)?

Beispiel 2:

Der Gemeinderat hat die Umwidmung eines Grundstückes von landwirtschaftlicher Nutzfläche in Bauland beschlossen. Nach der Bauverhandlung und Erhalt des entsprechenden Baubescheides der Gemeinde, beginnt der Grundstückseigentümer mit den Bautätigkeiten.

Seinem unmittelbaren Nachbarn ist aufgrund schon bisheriger „Reibereien“ das Bauprojekt jedoch ein kompletter „Dorn im Auge“ und dieser hat auch schon bei der Bauverhandlung dagegen Einwände, jedoch ohne Erfolg, erhoben.

Nun erfährt er, dass der Beschluss der Umwidmung aufgrund des Verstoßes nicht rechtswirksam ist, also das Grundstück eigentlich noch immer landwirtschaftliche Nutzfläche ist und somit das Bauobjekt gar nicht erstellt werden hätte dürfen.

Auch der Baubescheid der Gemeinde ist dadurch nun mit Nichtigkeit bedroht, weil er auf einen nicht rechtswirksamen Beschluss des Gemeinderates beruht.

Der Nachbar nimmt dies zum Anlass, die Einstellung bzw. den Abriss der bisher bereits erstellten Teile des Bauobjektes zu fordern und klagt daher dies bei den zuständigen Behörden ein!

Hiezu wären vermutlich ebenfalls noch einige weitere Fragen zu klären, wie z.B.:

- Muss nun der ganze Prozess neu aufgerollt werden (z.B. Beschluss Gemeinderat, Bauverhandlung, Baubescheid etc.)?
- Wer trägt die Kosten für die Neubehandlung des Prozesses?
- Steht ein möglicher Abriss des Objektes im Raum?
- Muss der Grundstückseigentümer für die dafür entstandenen Kosten (z.B. Rechtsbeistand, Mehrkosten aufgrund Bauverzögerung etc.) entschädigt werden und wenn ja, von wem?
- Kann der Gemeinderat dafür persönlich und somit finanziell haftbar gemacht werden?

Auch wenn die oa. Beispiele fiktiv sind, wollte die A-L damit darstellen, dass die **Konsequenzen** aufgrund eines (möglichen) **Fehlverhaltens des Gemeinderates** durchaus **schwerwiegend sein können**, nicht nur für die **Gemeinderäte selbst**, sondern **auch für Bürger**, die hier unverschuldet „zum Handkuss“ kommen könnten.

Zu 5 Bericht Bürgermeister:

Nach dem Bericht des Bürgermeisters spricht GR Wipperfurth im Zuge der Problematik „380-kV-Leitung im Raum Zweikirchen“ dem **1. VizeBgm. Weiß ausdrücklich ein großes Lob aus** und möchte hiermit öffentlich darauf hinweisen, dass 1. VizeBgm. Weiß in der Besprechung mit der APG und der KNG **insgesamt 4x versucht hat**, die **Verlegung der 110-Kv-Leitung der KNG in Richtung der Trasse der 380-kV-Leitung zu fordern** und informiert weiter, dass dies aufgrund der **„Situation“ bei der Besprechung leider keinen Sinn gemacht** hat.

GR Wipperfurth informiert weiter, dass die **Idee eines Bürgers** mit dem **Metschacher Moos** möglicherweise ein Ansatz wäre, damit die **Verlegung** der 110-Kv-Leitung der KNG ev. **doch noch realisiert** werden könnte.

Hierfür sagt GR Wipperfurth in der Angelegenheit dem 1. VizeBgm. Weiß die **volle Unterstützung der A-L zu**, auch wenn beide in anderen Bereichen Meinungsverschiedenheiten haben.

Zu 6 Bericht Kontrollausschuss:

Nach dem Bericht des KA, fragt GR Wipperfurth beim Berichtsleger nach, ob alle durch den Gemeinderat **beschlossenen Teilbereiche** sich noch im **groben finanziellen Rahmen (= max. 20%)** befinden, oder es **Teilbereiche** gibt, die **massiv überschritten** und (bereits) bezahlt worden sind.

Bgm. Köchl erwidert darauf, wie der Berichtsleger des KA diese Fragen beantworten soll. GR Wipperfurth erwidert seinerseits, dass das **Amtsgebäude** und das **BKZ Prüfpunkte der KA-Sitzung** waren und somit der KA dies wissen müsste.

Durch den Berichtsleger GR Klier (ÖVP) wird daraufhin ua. berichtet, dass dies im **Detail (noch) nicht ersichtlich** war, weil

- noch **nicht alle Gewerke abgerechnet** sind;
- **Buchungen** daher **noch ausständig** sind;
- und ob eine **mehr als 20%ige Überschreitung** gegeben ist, aus der vom Gemeindeamt zur Verfügung gestellten **Liste, nicht ersichtlich** ist.

Vom AL Radlacher wird ergänzt dazu angemerkt, dass

- die **Gewerke zu ca. 75% abgerechnet** (z.B. Zimmerer noch offen);
- der Bereich **HKLS** erst zu **ca. 30% abgerechnet** ist.

GR Wipperfurth merkt daraufhin an, dass im zu beschließenden **VA 2026** das **BKZ mit Kosten von € 0,-- (Null) ausgewiesen** ist, mit der Bezahlung der gesamten Rechnungen im Jahr 2025 nicht mehr zu rechnen sein wird, und somit das **Minus von € 267.800,--** beim NVA 2026 noch **höher ausfallen wird**.

Vom Bgm. Köchl wird angemerkt, dass auch **noch nicht alle Förderungen** bisher **ausgeschöpft** worden sind (*Anm. der A-L: Dies würde wiederum das Minus entsprechend verringern*).

Anmerkungen der A-L:

Die A-L hat, gemäß der vom **Gemeinderat gefassten Beschlüsse**, nachstehende **Kostenaufstellung** für die einzelnen Teilbereiche erstellt:

Hinweis:

Die angeführten Summen wurden vom Gemeinderat in dieser Höhe bei den Auftragsvergaben jeweils beschlossen. Diese Summen können in der Endabrechnung sowohl nach oben bzw. unten abweichen!

BKZ & Amtsgebäude - Auftragsvergaben gem. Beschlüsse des Gemeinderates (brutto)				
Beschluss Gemeinderat	Teilbereich	Kosten gem. Beschluss (Gesamt)	Bereich BKZ	Bereich Amtsgebäude
24.11.2022	Generalplanerleistung (Planung)	96 000,00	96 000,00	0,00
13.07.2023	Generalplanerleistungen (BKZ)	743 591,98	743 591,98	0,00
13.07.2023	Generalplanerleistungen (Gde)	93 421,26	0,00	93 421,26
01.07.2024	Baumeister	1 584 362,84	1 368 395,67	215 967,17
01.07.2024	HKLS	1 299 734,39	1 256 924,63	42 809,76
01.07.2024	Elektro	671 907,18	628 011,59	43 895,59
01.07.2024	Zimmerer	398 198,18	398 198,18	0,00
01.07.2024	Dach-/Schwarzdecker	378 882,04	345 731,56	33 150,48
01.07.2024	Schlosser	56 888,10	56 888,10	0,00
01.07.2024	Schlosser	32 993,42	0,00	32 993,42
01.07.2024	Alufassade	90 790,50	0,00	90 790,50
01.07.2024	Alu-Glas-Konstruktion	166 810,80	166 810,80	0,00
01.07.2024	Fenster-Holz	72 893,52	52 728,84	20 164,68
01.07.2024	Bodenleger	66 528,50	50 895,77	15 632,73
01.07.2024	Fliesenleger	106 394,40	90 861,60	15 532,80
01.07.2024	Bodenbeschichtung	168 720,00	168 720,00	0,00
01.07.2024	Trennwand mobil	26 366,40	26 366,40	0,00
01.07.2024	Trockenbau	187 903,87	144 252,13	43 651,74
12.12.2024	Aufzug	53 649,19	53 649,19	0,00
12.12.2024	Turnsaalausstattung	444 867,72	444 867,72	0,00
12.12.2024	Malerarbeiten	24 021,51	0,00	24 021,51
27.03.2025	Malerarbeiten (Fassade)	92 431,20	70 466,80	21 964,40
27.03.2025	Bautischler	94 717,20	94 717,20	0,00
	Gesamtsumme (GR beschlossen)	6 952 074,20	6 258 078,16	693 996,04

Hiezu kommen noch **mindestens Kosten beim BKZ** in der Höhe von **€ 240.000,-- dazu**, welche gem. den Berichten des Bgm. Köchl vom **GV beschlossen wurden**:

- Bestuhlung ca. € 100.000,--
- Schultafeln ca. € 28.000,--
- Linoleumboden ca. € 49.000,--
- Klapptische ca. € 11.000,--
- Ausgabeküche ca. € 17.400,--
- WLAN/Internet ca. € 7.900,-- (+ monatliche Kosten von € 150,--)
- Schließanlage ca. € 25.000,--

Da sind **Aufträge**, wie im **Finanzierungsplan** für das **BKZ** vom Gemeinderat beschlossen (z.B. die PV-Anlage in der Höhe von € 56.000,-- (netto), Kunst am Bau in der Höhe von € 18.000,-- (netto) etc.) **noch nicht inkludiert**.

Nimmt man nun die Aussagen des AL Radlacher als Grundlage, dann ergeben sich aufgrund dieser folgende „rechnerisch noch offene“ nicht bezahlte Forderungen:

BKZ & Amtsgebäude - "noch offen"			nur BKZ - "noch offen"		
Prozentbereich (bezahlt)	Gesamtsumme	Kosten offen (gem. %-Anteil)	Prozentbereich (bezahlt)	Gesamtsumme	Kosten offen (gem. %-Anteil)
Gewerke (75%)	2 636 446,82	659 111,71	Gewerke (75%)	2 294 648,97	573 662,24
Gewerke (30%)	1 299 734,39	909 814,07	Gewerke (30%)	1 256 924,63	879 847,24
"noch offen"		1 568 925,78	"noch offen"		1 453 509,48

Diesen Zahlen stellt man nun den Bericht des KA vom 17.12.2025 entgegen, wo mit Stand 11.12.2025 die **liquiden Mittel** der Marktgemeinde Liebenfels von ca. € 4.173.000,-- um ca. € 3.263.000,-- auf **ca. € 910.000,--** zurück gegangen sind!

Die liquiden Mittel setzen sich gem. Bericht des KA wie folgt zusammen:

- Barbestand ca. € 850,--
- **Bankkontostand** ca. **Minus € 314.500,--**
- **Bebauungsverpflichtungen** ca. € 83.900,--
- Rücklagen ca. € 1.139.000,--

Es kann sich jeder selbst sein Bild davon machen!

Die einen sehen es „dass eh alles super ist“ an, die A-L jedoch sieht die **finanzielle Zukunft** der Marktgemeinde Liebenfels als **sehr kritisch an**, vor allem, was den **Handlungs- und Gestaltungsrahmen** für den **(zukünftigen) Gemeinderat** betrifft.

Zu 7 Stellenplan 2026:

Nachdem von Bgm. Köchl angemerkt wurde, dass die Marktgemeinde Liebenfels von den 310 BRP **nur BRP 258,65 in Anspruch nimmt** und somit bei den Personalkosten spart, wird durch GR Wipperfurth daraufhin erwidert:

Es stimmt schon, dass die Marktgemeinde Liebenfels **weniger BRP in Anspruch nimmt** als ihr „zusteht“, jedoch muss man dabei beachten, dass nur **7 Gemeindebedienstete in den BRP** berücksichtigt werden müssen, die anderen **8 Gemeindebediensteten** (also mit Masse der Bauhof) **fallen nicht darunter**, sind jedoch auch in den **Personalkosten** abzubilden.

GR Wipperfurth merkt weiters an, dass

- der **Schulwart in Pension** gegangen ist;
- dafür ein **neuer Mitarbeiter** beim **Bauhof aufgenommen** wurde;
- die **Busfahrten** weiter vom „alten“ **Schulwart** in der Pension erfolgen werden;
- die **Reinigung** um ca. **€ 60.000,--** dafür **ausgelagert** werden wird;
- und die **Mäharbeiten** aufgrund der Belastung des Bauhofpersonals um **bis zu € 15.000,--** im Jahr **ausgelagert** wurden.

Die A-L hält somit fest, dass zwar **der Personalstand gleich geblieben**, jedoch der **Sachaufwand** um ca. **€ 75.000,-- im Jahr gestiegen** ist.

Also **ökologisch, wirtschaftlich und sparsam** nennt die A-L diese Vorgehensweise **auf keinen Fall**, vor allem in Hinblick auf den **lfd. Betrieb**, wo **3 Jahre hintereinander** die **lfd. Ausgaben nicht mehr** durch die lfd. Einnahmen **gedeckt werden** können.

Aufgrund des (möglichen) **Verstoßes** gegen die **gesetzlichen Bestimmungen** des § 35, Abs. (5b), K-AGO hat die A-L dem **TOP 7) nicht zugestimmt!**

Zu 8 **VA 2026:**

Durch Bgm. Köchl wurde ua. angemerkt, wie gut und mit welcher Weitsicht der Gemeinderat gehandelt hat, gegenüber anderen Gemeinden, die nun enormen Problemen gegenüberstehen.

GR Wipperfurth eröffnet seine Wortmeldung zum VA 2026 damit, dass er eine komplett andere Sicht auf die finanziellen Dinge hat wie Bgm. Köchl und bringt folgenden Vergleich:

Es gibt Leute, die

- zahlen alles mit der **Karte**;
- größere Anschaffungen wie Auto, Fernseher, Möbel, Urlaube werden mit **Krediten** und **Ratenzahlungen** angeschafft;
- auf das **Konto** schaut man nicht so genau, wird wohl **halbwegs passen**;
- auf **Hinweise** der **Bank**, dass man was tun bzw. ändern sollte, **reagiert man nicht**;
- verlässt sich darauf, dass **Mama** und **Papa** einen **schon helfen** werden, wenn es knapp wird mit der Kohle;
- wenn die aber dann selbst den **Gürtel enger schnallen** müssen oder den **Geldhahn zudrehen**;
- und dann auf einmal der **Exekutor vor der Tür** steht;
- dann **wundert man sich**, warum das dann der Fall ist;
- weil es war ja eh **immer alles so super** und ok!

GR Wipperfurth merkt an, so kommt ihm mittlerweile der Gemeinderat und die Marktgemeinde Liebenfels vor, weil man kann

- die Karte durch **Steuermittel** ersetzen;
- die Kredite und Ratenzahlungen durch eben **Kredite** und innere **Darlehen**;
- das Konto mit dem **RA bzw. VA**, den man sich **nur grob ansehen will**;
- die Bank durch solche „**Komiker**“ wie GR Wipperfurth, die immer **alles bekritteln** und denen man **nicht zuhören** bzw. darauf **reagieren** will;
- Mama und Papa durch den **Bund** und das **Land**;
- die sich selbst mit dem „Stopfen von Schuldenlöchern“ beschäftigen müssen und daher **finanzielle Mittel** etc. **nicht mehr (so leicht) bereitstellen** können wie früher;
- und den Exekutor durch den „**Verwalter**“ des Landes, welcher dann **festlegt** was **geschehen darf!**

Es gibt eine Nachbargemeinde, bei der war es vor Jahren bereits der Fall und da hat **nicht mehr der Gemeinderat entschieden**, ob Vereine gefördert werden sollen/können, ob der Schülertransport aufrecht erhalten werden kann etc., **sondern der „Verwalter“ des Landes**.

Wollen wir als Gemeinderat wirklich in diese Situation kommen, wo wir es **nicht mehr selbst in der Hand haben**?

Weiters verweist GR Wipperfürth darauf, dass gem. **VA 2026**

- die **lfd. Einnahmen** die **lfd. Ausgaben wieder nicht decken** können;
- bisher die **inneren Darlehen** in der Höhe von € 166.000,-- immer **noch nicht zurückzahlt** wurden;
- die noch zu erwartenden **Kosten des BKZ** im VA 2026 **dzt. mit € 0,-- (Null) abgebildet** sind;
- die gem. **Wirtschaftsanalyse** vorhanden **Rücklagen** anstatt € 2.000.000,-- gem. Bericht KA **nur mehr € 1.139.000,--** betragen.

Anmerkung der A-L:

Heuer war es **erstmalig**, dass beim **Entwurf des VA** die inneren Darlehen immer noch nicht zurückgezahlt wurden gem. der Antwort des AL Radlacher, sowohl auf die schriftliche Anfrage der A-L, als auch nochmals bestätigt in der GR-Sitzung vom 17.12.2025.

Es ist korrekt, dass dies noch bis zum 31.12.2025 erfolgen kann, aber da gem. Bericht KA das **Konto** der Marktgemeinde Liebenfels ein **Minus von € 314.523,17 aufgewiesen** hat, der **Kontorahmen** dieses Kontos **bei € 400.000,--** festgelegt ist, stellt sich die A-L schon die **Frage, wie** von dort noch **€ 166.000,-- „fließen“ sollen?**

Abschließend hat GR Wipperfürth bei Bgm. Köchl nachgefragt, ob auch die Marktgemeinde Liebenfels ein **Schreiben vom Land Kärnten** erhalten habe wie andere Gemeinden, in dem **aufgefordert** wurde „**dringend Konsolidierungsmaßnahmen**“ zu ergreifen bzw. ob darin **hingewiesen** wurde, dass der VA 2026 **nicht** den Grundsätzen der **Wirtschaftlichkeit** und **Sparsamkeit entspricht**.

Durch **Bgm. Köchl** wurde **bestätigt**, dass es ein solches **Schreiben** des Landes Kärnten **gibt**, in diesem aber **seit drei Jahren immer das Gleiche** drinsteht!

Durch GR Wipperfürth wurde dazu angemerkt, dass dies bei den Sitzungsunterlagen für die Vorbereitung zur GR-Sitzung eigentlich dabei sein hätte sollen, damit die Gemeinderäte darüber informiert gewesen wären.

Anmerkung der A-L:

Da keine Information der Gemeinderäte über

- den Inhalt des Schreibens des Landes Kärnten erfolgt ist,
- sowie die Prognosen der Wirtschaftsanalyse (z.B. Rücklagenstand, Deckung lfd. Betrieb etc.) in einigen Bereich massiv abweichen bzw. widersprüchlich sind zum VA 2026,

hat die A-L am 20.12.2025 die Übermittlung

- der Schreiben des Landes Kärnten der letzten 3 Jahre, sowie
- der, in der GR-Sitzung am 27.03.2025 von der Expertin vorgetragenen Wirtschaftsanalyse

gem. § 2 IFG bei der Marktgemeinde Liebenfels angefordert.

Aufgrund

- des (möglichen) **Verstoßes** gegen die **gesetzlichen Bestimmungen** des § 35, Abs. (5b), K-AGO; sowie
- dass der VA 2026 aus Sicht der A-L **nicht** den **Grundsätzen** der **Zweckmäßigkeit**, **Sparsamkeit** und **Wirtschaftlichkeit entspricht**,

hat die A-L dem **TOP 8) nicht zugestimmt!**

Zu 9 Mittelfristiger Finanzplan 2026 - 2035:

Aufgrund des (möglichen) **Verstoßes** gegen die **gesetzlichen Bestimmungen** des § 35, Abs. (5b), K-AGO hat die A-L dem **TOP 9) nicht zugestimmt!**

Zu 10 Kassenkredit 2026:

GR Wipperfurth merkt an, dass die Bank die **Freie Finanzspitze (FSQ)** der Marktgemeinde Liebenfels berechnet hat, und **aufgrund dieser** die Marktgemeinde Liebenfels **aufgefordert** hat, eine **kurze Stellungnahme** zur FSQ vorzulegen, in welcher erläutert wird, wie es **zu dieser Entwicklung gekommen** ist und wie dbzgl. die **Erwartungen** und **Prognosen** aussehen.

GR Wipperfurth möchte daher wissen, was die Marktgemeinde Liebenfels in der Stellungnahme der Bank mitgeteilt habe.

Durch AL Radlacher wird dazu nur angemerkt, dass das Ergebnis „**eh auf der Folie stehe**“ und meinte damit die dargestellten **Parameter zum Kassenkredit**. Auf die **eigentliche Frage** von GR Wipperfurth hinsichtlich der **Gründe** für die **schlechte FSQ** bzw. die **Erwartungen** und **Prognosen** dazu, wurde jedoch **nicht eingegangen**.

Anmerkung der A-L:

Da keine Information der Gemeinderäte über den Inhalt der Stellungnahme der Marktgemeinde Liebenfels an die Bank erfolgt ist, hat die A-L am 20.12.2025 die Übermittlung der kurzen Stellungnahme der Marktgemeinde Liebenfels an die Bank gem. § 2, IFG bei der Marktgemeinde Liebenfels angefordert.

Aufgrund des (möglichen) **Verstoßes** gegen die **gesetzlichen Bestimmungen** des § 35, Abs. (5b), K-AGO hat die A-L dem **TOP 10) nicht zugestimmt!**

Zu 11 Nachtrag zum Pachtvertrag Spielplatz Zweikirchen:

Aufgrund des (möglichen) **Verstoßes** gegen die **gesetzlichen Bestimmungen** des § 35, Abs. (5b), K-AGO hat die A-L dem **TOP 11) nicht zugestimmt!**

Zu 12 a-e) Ansuchen Bebauungsverpflichtungen:

Aufgrund des (möglichen) **Verstoßes** gegen die **gesetzlichen Bestimmungen** des § 35, Abs. (5b), K-AGO hat die A-L den **TOP 12a), 12b), 12c), 12d) und 12e) nicht zugestimmt!**

Zu 13 Ankauf/Austausch Schulbus:

Aufgrund des (möglichen) **Verstoßes** gegen die **gesetzlichen Bestimmungen** des § 35, Abs. (5b), K-AGO hat die A-L dem **TOP 13) nicht zugestimmt!**

Zu 14 Vergabe Reinigung BKZ:

Von GR Wipperfürth wurde angemerkt, dass es für die A-L unverständlich ist, dass die **Kosten** für die **Reinigung des BKZ** in der Höhe von **ca. € 60.000,--** **nicht im VA 2026 abgebildet** worden sind, wenn die **Reinigung fix mit 01.01.2026 geplant** ist.

Weiters widerspricht GR Wipperfürth der Behauptung des Bgm. Köchl, dass nun mehr zu reinigen ist, weil es jetzt 8 statt 4 Klassen sind. Er verweist darauf, dass schon vor dem Umbau die VS Liebenfels über 8 Klassen verfügt hat.

Bgm. Köchl verweist darauf, dass wie er hier zur Schule gegangen sei, waren es 4 Klassen, worauf GR Wipperfürth ironisch anmerkt, dass dies vor 50 – 60 Jahren war!

Aufgrund des (möglichen) **Verstoßes** gegen die **gesetzlichen Bestimmungen** des § 35, Abs. (5b), K-AGO hat die A-L dem **TOP 14) nicht zugestimmt!**

Zu 15 Optionsvertrag Parz. 11/4 KG Liebenfels:

Nachdem von Bgm. Köchl erläutert wurde, dass der TOP vom GV vorberaten wurde, hat die A-L aufgrund des (möglichen) **Verstoßes** gegen die **gesetzlichen Bestimmungen** des § 35, Abs. (5b), K-AGO dem **TOP 15) nicht zugestimmt!**

Für die A-L

GR Wipperfürth e.h.